

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Frischluft Welt“, „Rund um den Erdball“, „Unterhaltungsbeilage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgelbte 8 mm hohe (Petit-) Zeile oder deren Raam mit 15 Wk. berechnet; auswärts 20 Wk. Bei Wiederholung entfallender Rabatt. Anzeigen sollen per Zeile 40 Wk. Verbindlichkeit für Platz, Datenverzeichnis und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmefähigkeit für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Wk. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 135

Dienstag, den 18. November 1930.

23. Jahrgang.

Radikale Wahlerfolge.

Baden und Mecklenburg. — Volkstagswahlen in der „Freien Stadt“ Danzig.

Zum erstenmal seit den Septemberwahlen zum Reichstag ist in Deutschland wieder ein größerer Teil der Wähler zur Stimmabgabe an die Urne gegangen. Ferner wurde in der „Freien Stadt“ Danzig, die ja nach ihrer Zersplitterung vom Reich eine politische Stadt geblieben ist, gewählt. Welche Bedeutung man diesen, an sich recht begrenzten Wahlen als politischen Stimmungsbarometer beilegt, ergibt sich daraus, daß an dem Wahlsieg in Baden auch Mitglieder der Regierung des Reiches und Preußens, der Präsident des Reichstags und der Reichsführer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, teilgenommen haben.

Betrachtet man die letzten Wahlen unter diesem Gesichtspunkt, dann muß man feststellen, daß die radikale Bewegung seit September weiter an Boden gewonnen hat. Auch in Baden konnten sich jetzt die Nationalsozialisten allenfalls den Einzug in die Rathhäuser und die Selbstverwaltungsgörperschaften der Kreise und Bezirke sichern.

Gegenüber den Reichstagswahlen ist bei der neuen Stimmabgabe vielfach eine gewisse Wahlmüdigkeit festzustellen. So ist die Wahlbeteiligung in Baden beispielsweise in den größeren Städten nicht über 50 Prozent hinausgekommen; günstigere Ergebnisse werden lediglich die Gemeinden des flachen Landes, die teilweise eine Wahlbeteiligung bis zu 72 Prozent aufwiesen. Wahlfreudiger war man in Mecklenburg, wo 85prozentige Wahlbeteiligungen keine Seltenheit sind. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung hier mehrheitlich auf dem Lande.

Wenn man nun haben in Baden fast ausschließlich die Nationalsozialisten und der vor Jahresfrist erstmals in Aktion getretene Evangelische Volksdienst. In Karlsruhe haben die Nationalsozialisten mit 28 Sitzen die Sozialdemokraten um 10 Mandate überflügelt; in Heidelberg sind sie ihnen mit 31 Sitzen um 15 voraus, und in Pforzheim halten sich Sozialdemokraten und Nationalsozialisten als die beiden stärksten Parteien ungefähr die Waage. Gegenüber der Reichstagswahl umgekehrt infolge der geringeren Wahlbeteiligung fast alle Parteien Stimmenverluste aufzuweisen; am empfindlichsten hat sich das bei der Mitte und den Deutschnationalen ausgewirkt. Das Zentrum hat sich gut gehalten und in Mannheim, der größten Industriestadt Badens, sogar ein Mandat hinzugewonnen. Auch die Wirtschaftspartei ist zufrieden, ausgenommen das Ergebnis von Freiburg, wo sich die wirtschaftsparteilichen Sitze im Bürgerausschuß von vierzehn auf fünf vermindert haben. Schwere Verluste haben zum Teil die Sozialdemokraten zu verzeichnen; in Mannheim haben sie 30 Prozent, in Karlsruhe 40 Prozent ihrer Wähler eingebüßt. Mehrfach schlimm erging es übrigens in Mannheim den Kommunisten.

In der badischen Hauptstadt Karlsruhe verteilen sich die Sitze im Bürgerausschuß wie folgt: Nationalsozialisten 28 (1926 kein Mandat), Sozialdemokraten 18 (24), Zentrum 16 (19), Kommunisten 8 (6), Evangelischer Volksdienst 3 (—), Deutsche Volkspartei 3 (12), Staatspartei 3 (5), Deutschnationale 2 (9), Wirtschaftspartei und Konserbative 3 (3).

In Mecklenburg ist im einzelnen nur ein kleiner Teil der bürgerlichen Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen zu verzeichnen. Die Nationalsozialisten konnten gleichfalls verhältnismäßig neue Erfolge verbuchen; in Schwerin wurden sie z. B. mit 65,3 Stimmen gegenüber 51,38 bei der Reichstagswahl die stärkste Fraktion. Leichte Rückgänge verzeichnet die Sozialdemokratie, die in Rostock z. B. drei Mandate verloren hat, während die Nationalsozialisten mit 15 Mandaten neu in das Stadtparlament einzogen. In Wismar verzeichneten die Sozialdemokraten einen Stimmengewinn von 600.

Die Mandatsverteilung regelt sich wie folgt: Rostock: Sozialdemokraten 23 (1927: 26), Deutschnationale 6 (13), Wirtschaftspartei 2 (5), Hausbesitzerwiderstand 5, Kommunisten 5 (3), Deutsche Volkspartei und Mietergruppe je 1, Christlich-sozialer Volksdienst und WBL je 1, Nationalsozialisten 15 (3). Schwerin: Bürgerliche Einheitsliste 11 (23), Gruppe für Volkswirtschaft 3 (4), Natl. wirtschaftl. Vereinigung 4, Sozialdemokraten 15 (18), Nationalsozialisten 13 (—), Staatspartei, WBL, Christlich-sozialer Volksdienst, Kommunisten u. a. je 1. Neustadt: Sozialdemokraten und Beamte je vier, Nationalsozialisten, Deutschnationale und Wirtschaftspartei je drei, Kommunisten zwei, Christlich-soziale und Volkspartei je ein.

Die Danziger Volkstagswahlen haben mit einer Niederlage der bisher vom Zentrum und den Sozialdemokraten gestützten Koalition geendet. Die neue Mandatsverteilung, bei der als Vergleich die bisherigen Abgeordnetenziffern, denen die Wahlen 1927 als Grundlage lagen, reduziert werden müssen, weil die Abgeordnetenzahl von 120 auf 72 herabgesetzt wurde, zeigt folgendes Bild: Sozialdemokraten 19 (26), Na-

Terror-Mehrheit Pilsudskis.

Abgang der deutschen Mandate von 21 auf fünf! — Das Wahlergebnis als Anklage.

— Kattowitz, 18. November.

Das Endergebnis der Wahlen zum polnischen Landtag läßt die Realität erkennen, mit der die Pilsudskischen gegen alles, was nicht für den Marschall Pilsudski war, gewütet haben. Von den 444-Zeime-Mandaten sind 248 auf den von dem Marschall geführten Regierungsbund entfallen, der damit im neuen Landtag die einfache Mehrheit besitzt. Nicht gelungen ist den Regierungsparteien dagegen — und das trotz des beispiellosen Terrors — die Erpressung der ererbten Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen in „gesegneten“ Bahnen. Die innerpolitische Zukunft Polens ist daher auch nach den Wahlen völlig ungewiß.

Die nationalen Minderheiten, die den Hauptdruck auszuhalten hatten und von denen viele für die Dauer des „Wahlkampfes“ nach Deutschland geflüchtet waren, lehnen, wie es leider von Anfang an zu befürchten war, erheblich geschwächt in den Landtag zurück. So haben die deutschen Parteien in Pommern und Masuren fast sämtliche Mandate, in Ostoberschlesien zwei und in Polen und Litauen je eins verloren. Insgesamt haben die Deutschen von 21 Mandaten 16 eingebüßt, also nur fünf Abgeordnete in den neuen Landtag entsandt.

Von den übrigen Minderheiten sind die Ukrainer in Zukunft durch 20 Abgeordnete, die Juden durch sieben, alle übrigen durch zwei, vertreten. Von den nicht dem polnischen Regierungsbund angehörenden Parteien entfielen 65 Mandate auf die Nationaldemokraten, 28 auf die Zentrumspartei, 14 auf Korfanty und fünf auf die Kommunisten.

Dieses „Wahl“ergebnis stellt eine schwere Anklage gegen die herrschende Partei Pilsudskis und gegen die Behörden, die die Gewalttätigkeiten der Aufständischen noch durch die Ungültigkeitserklärung deutscher, wie überhaupt oppositioneller Wahlen und durch den Bruch des Wahlgeheimnisses noch gefördert haben. Wenn die Aufständischen in vielen Ortschaften mit Mord und in geschlossenen Zügen fast die gesamte Einwohnererschaft in das Wahllokal führten, wenn vor den Wahllokalen die Deutschen nach Stimmzetteln durchsucht wurden und wenn die Mitglieder der Krieger-

vereine ihre Stimmzettel fast durchweg offen abgegeben haben, dann kann man diese Stimmabgabe als Wahl nicht mehr bezeichnen!

Kennzeichnend für die Schärfe des gegen die Minderheiten eingeleiteten Terrors ist, daß in der rein ukrainischen Wojewodschaft Wolhynien, in der 1922 fast sämtliche Mandate den Ukrainern zugefallen waren, diesmal 15 von insgesamt 16 Mandaten dem Regierungsbund des Marschalls Pilsudski zugute gekommen sind!

Was insbesondere noch die deutschen Parteien betrifft, haben die Deutschen

in Ostoberschlesien

trotz aller Gewalttaten immerhin noch gut abgeschnitten. Denn wenn die deutschen Parteien hier 20 bis 30 Prozent an Stimmen verloren haben, — bei den Mandaten ist der Prozentsatz merklich geringer, — dann kann man das in Berücksichtigung der Drohungen und Gewaltakte, nur als befriedigend bezeichnen. Giebt es in Ostoberschlesien ja auch nicht die Regierungspartei, sondern die Partei des in Breslau-Litauen im Gefängnis sitzenden Abgeordneten Korfanty, deren Gewinn teilweise 100 Prozent beträgt.

Im einzelnen erhielten in den drei Wahlkreisen Ostoberschlesiens an Stimmen: Deutsche Wahlgenossenschaft 127 458 (1928: 175 113) 3 Mandate (6); Regierungsbund 196 148 (172 037) 6 Mandate (7); Korfanty-Partei 210 352 (109 606) 7 Mandate (3); Polnische Sozialisten 54 747 (77 301) 1 Mandat (1). Der Rückgang der deutschen Stimmen beträgt im Durchschnitt etwa 27 Prozent. Der Mandatsverlust dagegen etwa 50 Prozent. Gewählt wurde in Ostoberschlesien auch der vor einigen Tagen zu Gefängnis verurteilte Oberleutnant a. D. Graebe.

Daß aber in den übrigen Bezirken die deutschen Parteien noch größere Verluste erlitten haben, zeigt eben, daß in diesen Bezirken eine Stimmabgabe für deutsche Parteien Gefahren für Leib und Vermögen heraufbeschwört, die leider nur zu viele unter allen Umständen vermeiden mußten. Für die wirklichen Mehrheitsverhältnisse in Polen sind diese „Wahlen“ kein Gradmesser, wohl aber machen sie deutlich den Druck sichtbar, dem die Minderheiten und die Opposition ausgesetzt waren.

nationalsozialisten 12 (1), Zentrum 11 (11), Deutschnationale 10 (16), Kommunisten 7 (5), Wirtschaftspartei 3.

Die übrigen zehn Mandate verteilen sich auf weitere sechs Parteien. Auf die polnische Liste sind davon zwei Sitze entfallen.

Rheinlandalbum für Hindenburg

Nebereichung durch den Vorsitzenden des Deutschen Luftfahrt-Verbandes.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Vorsitzenden des Deutschen Luftfahrt-Verbandes Staatsminister a. D. Dr. Dominicus und nahm aus dessen Händen das Album entgegen, das die Größe der deutschen Städte an das befreite Rheinland aus Anlaß des vom Deutschen Luftfahrt-Verband veranstalteten Rheinlandbefreiungsfluges enthält. Der Reichspräsident dankte Dominicus den Veranlassern und Förderern dieses Fluges seinen Dank für die dem befreiten Rheinland erwiesene Anteilnahme zu übermitteln und brachte bei dieser Gelegenheit sein persönliches lebhaftes Interesse für den deutschen Flugsport zum Ausdruck.

Störungen in der Goldverteilung

Ihre Folgen: Anziehen der Goldpreise und Erhöhung der Zinssatzen.

Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ schreibt: Es scheint, daß das Problem der Goldverteilung Gegenstand einer internationalen diplomatischen Aktion geworden ist. In welcher Weise vorgegangen werden wird, ob durch Einberufung einer internationalen Konferenz oder auf anderem Wege, ist noch nicht entschieden. Aber die letzten Ereignisse haben die Vorarbeiten beschleunigt. Der Youngplan, die V. J. Z., der vorläufige Bericht der Golddelegation des Finanzsausschusses des Völkerbundes haben Material zur Lösung des Problems geliefert. Der Korrespondent sagt, zum ersten Male sei die Forderung nach einer beschleunigten diplomatischen Aktion von deutschen Politikern erhoben worden. Diese Punkte habe Lord Aberdeen in einer Rede in Liverpool unterstrichen. Der Korrespondent verweist ferner auf die von Dr. Schacht in Neuyork abgegebene Erklärung, daß der deutsche Außenhandel um 40 bis 50 Prozent erhöht werden müsse, um die Young-Anumitäten bezahlen zu können. Danach heißt es: Der Young-

Politik aus dem Flugzeug.

Antifaschistische Flugblätter über Mailand.

Unter großem Andrang des Publikums und der internationalen Presse begann in Lugano der Prozeß gegen den antifaschistischen Rechtsanwalt Bassanini, der, am 11. Juli d. J. aus einem Flugzeug antifaschistische Flugblätter über Mailand abgeworfen hatte und beim Rückflug in der Schweiz abgeführt war.

Das Flugzeug gehörte dem Direktor der französischen Flugportzeitung „l'Avion“, Gaston Brabant, der verdächtig ist, an dem Flug teilgenommen zu haben. Brabant ist gleichfalls unter Anklage gestellt, aber nicht zur Verhandlung erschienen.

Die Vernehmung Bassaninis ergab keinerlei neue Momente, er bemüht sich offensichtlich, seine Mitbeteiligter zu schützen, und verweigerte beharrlich, Angaben über den unbekannten Mitflieger sowie darüber zu machen, woher die Flugblätter kamen und wo er sie an Bord des Flugzeuges genommen hatte.

Bassanini lehnte es auch ab, sich darüber zu äußern, wofür er mit seinem Flugzeug geflogen war, nachdem er das Schweizer Gebiet verlassen hatte, und ob er wirklich bis Mailand gekommen war.

Das Kardinalproblem.

Eine Rede Hilters. — Moralische Gesundheit die Voraussetzung des Wiederaufstiegs.

Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten sprach in Bielefeld vor etwa 6000 Zuhörern über die politische Lage Deutschlands und die geistige Lage der Nation. Er führte aus, die geistige Lage der Nation habe sich bewirkt, die katastrophale Lage Deutschlands nachgedacht werde. Die Überwinden wolle, so der Lohn und Preis des Tages nicht zum Ziele führen, weil sie nur die Auswirkungen des Scheiterns behandeln.

Das Kardinalproblem sei aber die Wiedergewinnung der moralischen Gesundheit und die Mächte zu nationaler Denkmäler. Die politische Machtlosigkeit sei die Ursache auch der wirtschaftlichen Not.

Diese Machtlosigkeit sei bedingt durch den Gegensatz von Nationalismus und Sozialismus. In dieser Entwicklung trügen beide Teile gleich die Schuld. Die Frage der Zukunft sei, daß man die Genugtuung dieser beiden Lager überwinde. Die Vereinigung von Nationalismus und Sozialismus könne nur von einem ganz neutralen Standpunkte aus gesehen, und wer sollte dazu eher imstande sein als der Frontsoldat, der nicht für eine Partei oder einen Staat, sondern für die Gesamtheit des Volkes sein Leben eingelegt habe.

Wir haben nicht die Absicht, so schloß Hitler, die Welt in Feuer und Blut zu führen. Als Frontsoldaten haben wir den Völkerrationalismus gründlich verlernt, weil wir den Krieg kennen, wünschen wir ihn nicht. Aber gerade deshalb werden wir das Recht für unser Volk fordern im Guten und Schlechten.

Personalveränderungen im Heer.

Das Personal- und Wehramt erhalten neue Chefs. Das Reichswehrministerium gibt folgende Personalveränderungen in der Reichswehr bekannt:

Es sind ernannt worden, mit Wirkung vom 1. Dezember, die Generalmajor Freiherr v. dem Büschel-Pöppelberg, Chef des Wehramts, zum Chef des Heeres-Personalamts; Weich-Zettelsbach, Rdr. d. I. R. 14, a. Chef des Wehramts; Oberst Glasowitz, Chef d. St. d. 5. Div. Landesst. i. Baden, s. Rdr. d. I. R. 14; d. Oberstleutnant Ritter v. Wolo, St. 5. Div., s. Rdr. d. St. d. 5. Div.; Rdr. d. I. R. 14, a. Chef d. St. d. 5. Div.; Major Klepke, I. R. 15, a. Rdr. d. I. dieses Regts.

Der bisherige Chef des Heerespersonalamts, Oberst Freiherr von Hammerstein-Quornd — ein Bruder des jetzigen Chefs der Heeresleitung, steht mit dem 1. Dezember zur Verfügung der Heeresleitung.

Gegen den Kulturbolschewismus

Ausgebung des Deutschen Bundes zum Schutze der abendländischen Kultur.

Der kürzlich gegründete „Deutsche Bund zum Schutze der abendländischen Kultur“ veranstaltete im Sportplatz eine Kundgebung bei der außer den beiden Präsidenten der Versammlung, dem Grafen Khevenhüll-Cammerau, als Vertreter der Protestanten, und dem Fürsten Vlohs zu Löwenstein für die Katholiken, Generalsuperintendent Dr. Karow, der katholische Professor Dr. Berg aus Völs, Rabbiner Dr. Rosenthal aus Köln, der aus Charlott. vertriebene orthodoxe Bischof Seraphim, der ehemalige Polizeipräsident von London, Sir William Greenwood und zum Schluß der Bundesvorsitzende Werner von Mendenleben sprachen.

Im einzelnen wies im Laufe der Kundgebung Generalsuperintendent Karow besonders auf die Kindermord in Ostland hin. Er betonte, daß das dortige Massenelend und die Vernichtung der Jugend hauptsächlich durch die Auflösung der Familie verursacht worden seien. Der dem Zentrum nahestehende Professor Dr. Berg erklärte, das Unkraut, das in Ostland die religiöse Kultur zu erstickend drohe, sei zuerst in Deutschland gesät worden. Karl Marx sei der böse Feind genau so wie Lenin. Bischof Seraphim-Charlott. berichtete vornehmlich aus eigener Erfahrung von den russischen Religionsverfolgungen. Zur Schande der europäischen Kulturvölker beherrschte der blutdürstige Bolschewismus immer noch den sechsten Teil der Erde.

Danksagung.

Für die anlässlich unserer VERMAHLUNG in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Emil Appell u. Frau
Dora geb. Siebert

Spangenberg, den 18. Nov. 1930.

Ia. Wärmflaschen

in jeder Ausführung empfiehlt

KARL BENDER.

Erlaß einer neuen Ordnung betr. Entnahme von Wasser aus dem Wasserwerk der Stadt Spangenberg.

Die neu aufgestellte Ordnung betr. Entnahme von Wasser aus dem Wasserwerk der Stadt Spangenberg liegt vom 19. d. Mts. 2 Wochen lang zur Einsicht der Gemeindeglieder in der Stadtschreiberei aus. Jedem Bürger steht es frei innerhalb der nächsten 2 Wochen vom Tage nach dieser Veröffentlichung gerechnet, bei dem Magistrat Einwendungen zu erheben.

Spangenberg, den 18. November 1930.

Der Magistrat, Stein.

Von kommunistischer Seite wurde die Kundgebung wiederholt gestört, so daß die Polizei eingreifen mußte. 23 Kommunisten wurden abgeführt. Zwischen den Vortragenden der Moskauer Arbeiterbund geistliche Methoden zum Vortrag. Die Kundgebung schloß mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes: „Großer Gott, wir loben dich“.

Scherz und Ernst.

1. Schottischer Weiz — auf dem Grabstein. Auf einem Friedhof bei Glasgow findet sich ein Grabstein mit folgender sehr schottischen poetischen Aufschrift: Die Totenlage mit Weizstängelstämme verbindend: „Gute Dammer starb mit 21, mit 43 sein Sohn, sein Enkel mit 64, hier liegen alle schon. Die Post des Jenseits nach Scotland führt sehr schnell. Es kostet Sixpence die Fahrt. Den Platz bei Leppers bestell!“

Handelsteil.

— Berlin, den 17. November 1930.

Am Devisenmarkt waren die Veränderungen nur gering.

Am Effektenmarkt machte sich von vornherein, vielleicht unter dem Eindruck des Ausganges der Gemeindevahlen, eine große Neigung zur Schwäche geltend, die dazu führte, daß bis zum Schluß fast sämtliche Kurse abdrückten. Tagesschlussnotizen verloren 12 Prozent. Geld unverändert. Tageskurs 5-7 Prozent. Der Reichsbankdiskont betrug 5, der Privatdiskont kurz 4%, lang 4 1/2 Prozent.

Am Produktenmarkt konnte Weizen seine Sonnabendsschwäche knapp durchsetzen, während Roggen um 1 bis 1,50 Mark anstieg. Mehl lag unverändert ruhig. Hafer in guten Qualitäten beauptet. Gute Brau- und Industriegetriebe blieb gefragt.

Weizenmarkt.

Dollar: 4,192 (Gold), 4,200 (Brief), engl. Pfund: 20,359 20,399, halt. Gulden: 168,56 168,90, ital. Lira: 21,945 21,985, franz. Franken: 16,461 16,501, Belg. (Belg.): 58,45 58,57, Schweiz. Franken: 81,22 81,38, dän. Krone: 112,11 112,33, schwed. Krone: 112,52 112,74, norw. Krone: 112,10 112,32, tschech. Krone: 12,42 12,44, österr. Schilling: 59,035 59,155, span. Peseta: 47,80 47,90.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Mittl.) Getreide und Delsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März 248-249 (am 15. 11.: 249-250), Roggen März 153-155 (153-155), Weizen 186-212 (186 bis 212), Futter- und Industriegetriebe 170-180 (170-180), Hafer März 141-151 (141-151), Mais loco Berlin — (—), Weizenmehl 29-37,50 (29-37,50), Roggenmehl 24-27,10 (24,10-27,15), Weizenkleie 8,25-8,75 (8,25-8,75), Roggenkleie 8-8,50 (7,75-8,25), Haas — (—), Weizen — (—), Vitoriaerbsen 25-31 (25-31), kleine Erbsen 24-26 (24-26), Futtererbsen 19-21 (19-21), Bohnen 19-20 (19-20), Futterbohnen 17-18 (17-18), Widen 17-20 (17-20), Lupinen — (—), gelbe — (—), Serrabella neue — (—), Naphtalin 8,50-9,25 (8,50-9,25), Leinöl 14,60-14,80 (14,60-14,80), Treibschmölz 5,40 bis 5,90 (5,40-5,90), Sojabohnen 12,30-12,90 (12,30 bis 12,80), Kartoffelflocken — (—).

Großhandelspreise für inländisches Gemüse.

Antlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen-Direktion Berlin für inländisches Gemüse für 50 Kilo: Beigehölz: 2-3, Berl. Gärtnerei, 2-3,50; Birringehölz: 2,50-3,50, Berl. Gärtnerei, 2,50-4; Kohlfloß: 2,50 bis 3,50, Berl. Gärtnerei, 3-4,50; Rosenkohl: 20-26; Grünkohl: 6-9; Mören: ungewaschen 2-2,50, gewaschen 2,75-3,50; Kohlraben: 2,60-3,50; rote Rüben: 3-4; Mören: 7-9, rote 18-23; Spinat: 7-10, Blatt 13 bis 16; Kapuzen: 20-25; Petersilie: 2-3; Meerrettich: 25-30; Zwiebeln: 2-3, große 3,50-4; Sellerie: 5-9; Petersilienwurzel: 5-8; Tomaten: Treibhaus 130-170; Blumenkohl: 100 Kopf 8 bis 10; Kohlrabi: Freiland Schod 0,70-1,50; Salat: 8-15; Kabischen: Schodbund 1-1,50, Dresdener 2,50 bis 3; Petstige: Schod Dresdener 1-1,50, bayerische je nach Größe Schod 0,80-1,50; Petersilie: je nach Größe 100 Bund 5-10; Petersilienwurzel: je nach Größe 100 Bund 12-25 Mark.

Kartoffelpreise.

Antliche Kartoffelpreisergewinne je Zentner magonnenfrei an märklichen Stationen (amtlich ermittelt durch die Landratskassastämmer für die Provinz Brandenburg und Berlin): Weiße 1,00-1,20, Obenwälder 1,20-1,40, andere Selbstverpackte und Wieren 1,40-1,65 Mark.

Fisch-Großhandelspreise.

Antlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen-Direktion Berlin. Geben die Preise für 50 Kilo. Schleie: unsortiert 1,10-1,20, groß 1,00-1,10; Aale: groß-mittel 1,80, mittel 1,50, kleine 1,20; Spigeln: 30-50er 82-85, 50-60er 82-85, 60-70er 82-85, 70-80er 82-85; Heide: unsortiert 50-54, groß lebend 50-55 Mark.

Schlachtviehmarkt.

(Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark) Essen (Märk.), 17. November. Rinder (57) 51-54, Bullen (41) 43-54, Kühe (350) 30-54, Ferkel 75-78, 3, 65-72, 4, 50-60, Schafe (482) 1. 0,00-1,43-50, 3., 4., 22-30, Schweine (460) 1. 52-54, 2. 54-65, 3. 64-66, 4. 62-65, 5. 58-63, 6. 62-65 bis 57. — Marktverlauf: Rinder flau, sonst mittel.

Zimmer zu vermieten.

Von Anna Kappstein.

„Möbliertes Zimmer zu vermieten“. Fast an jedem Hausrat hängt dieses Angebot. Dufende von Worten wiederholt es sich in den Anzeigen der Tageszeitungen. Durch private Vermittlung in kleinen Zäben werden geschickte Geschäftsleute sich einen Nebenverdienst zu verschaffen. Er darf Ansprüche stellen und die Preise drücken. Woher die Ueberfluthung an Räumen für die Vermietung? Wirft sie nicht wie ein Spott auf den Schlagwort „Wohnungsnot“?

Es wäre ein Fehlschluß, so zu denken. Gerade die Wohnungsnot und -teuerung verschulden, gerade die Lebensbedürfnisse der meisten Arbeiter großer herrschaftlicher Althwohnungen trachten danach, sich zu verschaffen, als abzumachen, sich billig einzurichten. An kleinen Wohnungen fehlt es. Bleibt nichts anderes übrig, als abzumachen, bis Neubauten mit dreizehn Zimmern und Dreizehnzimmerwohnungen entstehen und bis hin abzumachen, um einen Bruchteil der von den Jahren steigenden Miete zu erfahren. Wirklich zu einem geringfügigen Bruchteil. In längst vergangenen Zeiten war „Abmieten“ die Rettung für eine kleine Arbeit zu ernähren verstand. Auch wenn sie durch einen nicht mehr rühmte war, das Abmieten ging und immer. Dann kamen die Jahre des Balkansturms. Nicht nur Wunden, die kein anderes Einkommen hatten — fast alle Familien, denen die Zerstörung ihre Lebensgrundlage von Tag zu Tag schwinden ließ, vermieteten gegen Zehner und Pfunde. Vermieteten ihre besten Räume und lebten dadurch mietfrei; ja, sie hätten sich für einen Handvoll Dollars oder Pfunde ein Haus, eine Straße, einen ganzen Stadtteil kaufen können.

Aus jener Periode aller verschönten Werte und Begriffe ist die Neigung für das Zimmervermieten erhalten geblieben als ein ausdauerndes Geschäft, es gleich es heute nur noch wenig einbringt.

Es liegt nahe, zwei Frauen von etwa Mitte dreißig zu vergleichen: die eine bezieht monatlich ihre 40 bis 50 Mark von ihrem „möblierten Herrn“. Er bewohnt dafür ihr schönstes und sonnigstes Zimmer. Der bester Hausrat wird von ihm benutzt und abgemietet. Sie muß ihn bedienen und mit ihm verkehren über den Verbrauch von Essen und Trinken, was nicht immer glatt geht. Die andere, die ihre Mann mietfrei schenken vorzuziehen, erhält nach seinem Tode durch eine Versicherungsgesellschaft ein fünfstelliges Kapital ausgezahlt. Sagen wir nur: eine Summe von 10.000 Mark. Mit diesem Gelde ist sie nicht nur vor der ersten Not geschützt; sie kann auch einer Verurteilung dankbar, der sie künftig ernährt, und sie bleibt Herrin in ihren vier Wänden. Um 10.000 Mark durch Zimmervermieten zu erwerben, muß eine Frau diesen Verurteilung stellen, jeden Tag ihres Lebens bereit sein zu Diensten, an die sie in ihrer Jugend vielleicht nicht gewöhnt war.

Gewiß, für die Beschäftigten wurde gehandelt: es wurde in monatlichen kleinen Raten dafür eingezahlt, — unter Umständen jedoch nur ein, zweimal. Denn schon nach der ersten Monatszahlung besteht bei frühem Tode des Sparrers die Gefahr, daß die Gesellschaft auf Auszahlung der vereinbarten Summe.

Wer jedoch kauft die Zimmervermieten bei ihrem langwierigen und mühsamen Erwerb vor der Gefahr, daß ihre Stube monatlang leersteht?

Blumen u. Kränze

in allen Ausführungen für Totensonntag empfiehlt

K. Möller, hinter der Mauer.

Gut erhaltenes

Damenrad zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Freiwillige Sanitätskolonne

Freitag abd. 4 1/2 Uhr Sanitätsübung

Der Vorstand

Gemischer Chor

Donnerstag abd. 4 1/2 Uhr Gesangsstunde im „Grünen Baum“.

Der Vorstand.

Zwangsvorverkauf.

Am Donnerstag, den 20. Nov. mittags 12 Uhr sollen in Spangenberg

- 1 Schreib- u. 1 Schreib- u. 1 Vertiko
- 1 Kommode
- 2 Chaiselongues
- 1 Stuhlgarnitur (2 Sessel, 1 Tisch)
- 1 Sofa
- 1 Tisch

zwangsweise, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Zusammenkunft der Käufer im Ratshaus.

Melsungen, den 18. 11. 1930.

Neßelmann,

Obergerichtsvollzieher.

Bevorzugen Sie für Ihren Haushalt

das neue

Siegenit-Stahlgeschirr

als Brat- und Kochtöpfe, Gänsebräter usw.

Garantiert unzerbrechlich von unbegrenzter Lebensdauer

Karl Bender.

Graue Haare

erhalten. Natürlich. Jugendlicher. ohne zu färben. bei 10 Jahren glänzend bewährt. Herr Direktor E. C. Hamburg schreibt: „Mein Haar hat völlig seine frühere Farbe wieder erhalten nachdem es bereits stark grau war.“

Sanitas, Zirndorf (Bayern), Fürherstraße 30

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 19. November 1930.

Buß- u. Bettag.

Gottesdienst in Spangenberg

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Elbersdorf:

Abends 7 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Schnellrode:

Nachmittags 1 1/2 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.